

## **DSTG gegen Verschiebung der Besoldungsanpassung und gegen Kürzung bei Weihnachts- und Urlaubsgeld**

Am 4. Juli steht im Deutschen Bundestag die Erhöhung der Beamtenbesoldung und die Frage von Öffnungsklauseln für Weihnachts- und Urlaubsgeld zur Entscheidung.

Die DSTG wehrt sich gegen eine Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Beamten.

Während die Tarifbeschäftigten ihre Tariferhöhung, die Einmalzahlungen und die Nachzahlung bereits in den Händen haben, versucht die Politik bei den Beamten die Besoldungserhöhung um drei und teilweise weitere Monate hinauszuzögern und bei Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld entsprechend zu kürzen, sodass die Beamten im Ergebnis keine Erhöhung oder sogar eine Minusrunde verordnet bekämen.

Dies bedeutet eine massive Benachteiligung der Beschäftigtengruppe, die im Interesse eines funktionierenden Staates auf das Streikrecht verzichten. Sollte diese Benachteiligung Gesetz werden, demotiviert dies und mindert zugleich die Leistungsfähigkeit.

Für die Steuerverwaltung bedeutet dies, dass weniger Geld in die Staatskasse kommen wird. Das falsche „Sparen“ bei Steuerbeamten kommt dem Staat teuer zu stehen.

Die DSTG fordert von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, für eine gerechte und leistungsgerechte Besoldung zu sorgen.

Auch Beamte haben Familien, deren Ein- und Auskommen gesichert werden muss!

Beamte sind auch keine Beschäftigten zweiter Klasse, mit denen der „Dienstherr“ beliebig umspringen kann!